

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

28.4.1921 (No. 98)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Haupt-
schrift-
leiter
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 90 P. Briefe und...

Amtlicher Teil.

Fragen der Milchversorgung.

In einer gestern vormittag abgehaltenen Sitzung des parlamentarischen Ernährungsbeirats wurde in Anbetracht der Konferenz der Ernährungsminister in Bremen die Frage der Milchversorgung besprochen. Die Beschlüsse der Konferenz gehen dahin, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, um eine Überleitung der Milchversorgung in die freie Wirtschaft ohne Schädigung der Allgemeinheit herbeizuführen. Als geeignetes Mittel zum Abbau der Milchversorgung werden die Milchlieferungsverträge betrachtet. Außerdem ist an eine Freigabe der Einfuhr von Butter und Fett sowie an die Freigabe der Butterbewirtschaftung gedacht. Damit kämen die lästigen Kontrollmaßnahmen in Wegfall, wogegen die Verteilung der Überschuss- und Bezugsbezirke sowie die Nationalierung in den Städten beibehalten werden müßte.

Die Regelung dieser Überleitung in die freie Wirtschaft, die eine weitgehende Berücksichtigung regionaler Verhältnisse erfordert, wird in der Hauptsache von den Ländern auszugehen haben, während sich das Reich auf ein Rahmengesetz zur Festlegung der wesentlichen Richtlinien beschränken wird.

Hinsichtlich der Milchpreisfrage gingen die Meinungen übereinstimmend dahin, daß eine freie Preisbildung erst dann möglich sein wird, wenn die Übergangsmaßnahmen zu einer völligen Aufhebung der Zwangsbeschränkungen geführt haben. Für die auf Grund von Milchlieferungsverträgen zur Anlieferung gelangende Milch soll die Erhebung eines Zuschlags von 25 Pf. pro Liter zur entsprechenden Erhöhung des Erzeugerpreises und zur Verteilung der Kosten der Milchsammlung festgesetzt werden.

Der Ernährungsbeirat stimmte den von der Regierung gemachten Vorschlägen zu und erklärte sich mit dem Abbau der Milchbewirtschaftung auf dem Wege der Milchlieferungsverträge, einer etwaigen Freigabe der Butterbewirtschaftung, der Beibehaltung der Nationalierung in der Abgabe an die Verbraucher, wie mit der Einführung eines Zuschlags für vertraglich abgelieferte Milch einverstanden.

Zu den näheren Einzelheiten des neuen Verfahrens wird der Ernährungsbeirat, sobald das Reichsrahmengesetz vorliegt, in seiner nächsten Sitzung Stellung nehmen.

Zwei unerledigte Probleme.*

Dr. Bruno Altman.

Von Zeit zu Zeit erinnern offizielle Entente-Kundgebungen die deutsche Regierung an die bisher unterlassene Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher. Französische Zeitungen schreiben darüber oft und deutlich. Sie konstruieren aus der angeblichen Verzögerung die Weigerung zur Verurteilung und aus dieser die Absicht zum Versäulter Vertragsbruch. Es ist jedenfalls das Eine sicher: mit öffentlichem Stillschweigen, mit behördlichen Verzögerungen dieser Angelegenheit knaden wir die harte Nuß nicht, welche sie uns zu knaden aufgibt. Und wir wissen, von den französischen Journalen übrigens täglich darauf hingewiesen, was das politisch bedeutet. Mindestens einen W o r t a n d zu Repräsentation spielt das unerledigte Problem der Aburteilung den Entente-Staaten in die Hand.

Die bisherige Geschichte der Kriegsverbrecherbestrafung ist pikant. Der Versailler Kontrakt verlangte die Auslieferung. Als die Liste der Beschuldigten der deutschen Regierung überreicht wurde, setzte eine gewaltige, weit über die rechten Parteien hinausreichende Protestbewegung gegen die Auslieferung ein. Die Regierung erklärte sich der Entente gegenüber außerstande, dem Friedensvertrag in diesem Punkte nachzukommen; sie schlug vor und erreichte, daß die Aburteilung von deutschen Gerichten unter Mitwirkung hoher Justizbeamter der Entente vorgenommen werden sollte. Allerdings behielt sich die Entente einen Einspruch in die Art des Verfahrens und eventuell einen Abbruch vor und darin liegt ein gefährlicher Vorbehalt. Für uns also eine doppelte Gefahr und ein doppelter Grund, die Affäre korrekt zu behandeln.

Vor deutschen Gerichten hieß es. Aus diesem Plural wurde ein Singular. Betraut mit der Justifizierung wurde lediglich das Reichsgericht.

Ob das deutschereits eine glückliche Lösung war? Wir wissen das nicht, bevor ein gutes Duzend Fälle dieser Art abgeurteilt sind.

Es soll hier Volksgenossen gegen Volksgenossen im Interesse des ehemaligen Feindbundes und auf sein Geheiß richten. Eine schwere Probe auf den Willen des deutschen Richters, nur das Gerechtigkeitsprinzip zum Durchbruch zu bringen.

Wir geben diese Ausführungen unseres geschätzten Mitarbeiters wieder, ohne uns jedoch mit jeder Einzelheit identifizieren zu wollen. Red.

Doch diese Probe hat das Reichsgericht bereits so gut wie bestanden. Vier arme Ruschoten hat es wegen ein paar nicht einmal so schlimmer Eigentumsdelikte, begangen in Feindesland, beim Tragen gepakt und aus mehrere Jahre ins Zuchthaus geschickt. Diese vier standen gar nicht auf der Auslieferungsliste. Auch andere Sterbliche milderer Soldatengrades sind wegen Raubs, Diebstahls, Plünderungen an feindlichem Gut hopp genommen und in des Teufels Küche gesperrt worden. Beweise über Beweise, daß der deutsche Richter den Ausländer gegenüber dem Landsgenossen bewußt unrechtmäßig nicht zu Schaden kommen läßt.

Objektivität, Unparteilichkeit nach dieser Richtung, das war von jeher sein Vorzug, vielleicht hat er hierin des Guten sogar zu viel geleistet. Auch das ist möglich. Vor lauter Furcht, die Unparteilichkeit zu verletzen, wird zuweilen der begünstigt, den das natürliche Empfinden zu benachteiligen strebt. Eine Art Hypertrophie der Objektivität, die in Wirklichkeit deren Vernichtung ist, denn gewahrt wird hierbei doch nur der Schein der Objektivität. So aber kann ich mir allein manche Urteile, in Zivilprozessen vor deutschen Gerichten erklären, bei denen der eine Kontrahent Ausländer, der andere Deutscher war. Es waren das Urteile, über die Laien und Juristen gleichermaßen den Kopf geschüttelt haben. Kaufleute mit hinreichender Prozesspraxis haben mir oft versichert, die Gegnerschaft eines ausländischen Kontrahenten sei für sich ein gefährbringendes Moment und sie hatten dafür auch keine andere Erklärung als die Furcht der deutschen Richter vor der Verletzung der Objektivität. Vielleicht hat sich das seit Kriegsausbruch und Kriegsende etwas geändert. Zu wünschen wär's, denn uns selbst dankt dafür im Ausland der Kuckuck. Dort sieht die Sache fast durchweg umgekehrt. Ich kann aus eigener Erfahrung reden und Tausende werden mir beipflichten: das Recht eines Deutschen kann so evident sein wie es für einen Reichshändler nur denkbar ist, stets wird der Deutsche beim Appell an das ausländische Gericht gegen seinen dem Inland angehörigen Kontrahenten unrecht bekommen. Zuerst würde machen durch Verschleppung des Verfahrens und, falls er doch durchhält, ihn mit seinem Anliegen abweisen, das ist das übliche, einem Deutschen gegenüber beliebte Verfahren, in der Schweiz so gut wie in Italien, in Frankreich so gut wie in Belgien. In England steht es meiner Erfahrung nach nicht ganz so schlimm, aber es ist alles andere als ein Vorteil, gegen einen Engländer in England zu prozessieren und dabei Deutscher zu sein.

Wir brauchen also keine Angst zu haben, daß das Reichsgericht die Unparteilichkeit vermissen lassen wird, weil es sich bei seiner Rechtsprechung um Inländer gegen Ausländer handelt. Aber freilich, es kommt noch etwas hinzu und da wird die Sache bedenklich. Nicht bloß der Inlands-genosse ist hier zu richten, sondern auch der Klassen-genosse und zwar der Angehörige einer Klasse, die in den Augen der Reichsgerichtsmitglieder eine Exquisitklasse über allen anderen ist. Das sind keine armen Ruschoten oder doch zum allerwenigsten sind die es, welche die Entente auf die Anklagebank gesetzt hat. Das sind hohe und höchste Offiziere, Angehörige aus Fürstenthümern, Angehörige des Vollblutadels und, soweit Bürgerliche darunter sind, auch so hoch stehend, daß jeder Reichsrichter gerne Herr zu ihnen sagen wird. Und ihnen gegenüber die Reichsrichter. Wohl durch die Bank sind sie monarchistisch und streng konservativ und ohne Frage sind sie stolz über die Mäßen auf ihren etwaigen Offiziersrang. Die Objektivität und Unparteilichkeit, welche sie aufbringen müssen, um leidenschaftslos Recht zu sprechen, und nur zu sprechen, was Rechtens ist, kommt nahezu einer Naturanomalie gleich. Es wird ihnen ein Gerechtigkeits-herosmus, bis zum fiat justitia percat mundus gehend, zugemutet, denn diese Welt, die so ganz nach ihrem Herzen war, die sollen sie nun darauf prüfen, wie weit sie brüchig und strafreif ist. Konkrete Fälle gewählt, die Reichsrichter sollen urteilen, ob der Fürst von und der Graf von in Lille, in Antwerpen gestohlen, geplündert, requiriert hat, sie sollen Generale auf Verbrecherqualitäten abtasten und vielleicht just dieselben Generale, welche sie als Fahnen-träger des Siegeszuges in Ost und West vier lange Jahre vergöttert haben. Eine übermenschliche Leistung.

Es ist schwer, etwas politisch Unklügeres zu denken, als das Verhalten der Rechtsparteien in dieser Sache. Wenn sie von der Aburteilung der Angeklagten sprechen, so lassen sie die Worte Kriegsverbrecher und Kriegsverbrecher nur in Gänsefüßchen herumwatscheln. Hinterher führen sie ganz substantiiert angegebene Fälle an, so daß man niemals den Verdacht los wird, sie sind ja selbst von vornherein überzeugt, daß etwas oder viel Wahres an der Anschuldigung daran ist, nur wollen sie das mit dieser billigen journalistischen Fronte

bedecken. Jedenfalls über sie einen terroristischen Akt gegen das Reichsgericht aus, denn damit soll doch der an sich himmelverbrannter Meinung zum Sieg verholfen werden, Anschuldigungen, wie sie da dem Reichsgericht zur Aburteilung überantwortet werden, sind von vornherein nicht ernst zu nehmen. Das kann sich noch bitter rächen. Jedenfalls steht fest, wenn noch eine Möglichkeit bestand, dem Reichsgericht seine Aufgabe schwerer zu machen, so war es das Verhalten der Rechtsparteien.

Mehr als von der Schuld der Verbrecher im Kriege wird vorläufig von der Schuld des Verbrechens am Kriege gesprochen. Es wird viel herumgespritten, wer und wer alles die Finger am Satanswerk gehabt hat. Wir wollen uns an dieser Debatte nur mit Erwähnung einiger Oberflächentatsachen beteiligen und daraus einen nicht allzu streng verpflichtenden Schluß ziehen: die Weigerung zur Abrüstung auf den Haager Konferenzen, die Unterfütterung Österreichs bei seinen bereits offenliegenden Kriegszwecken, das Trinitar-ultimatum an Serbien und seine Deckung durch die deutschen Machthaber auf der einen Seite. Auf der anderen die Nebancke und der Planlawismus, die Erwählung Poincaré zum Präsidenten und Delcassé zum Botschafter, die zuletzt ganz wahnsinnig forcierten Militärrüstungen Frankreichs und Rußlands, die provozierenden Probemobilisierungen, die Intrigenpolitik Sazonows und Tswolsky, die Ermordung Jaurès usw. Das Resultat: viel Schuld bei der einen Mächtegruppe, viel Schuld bei der anderen und wer will sich bemessen, beides der Schwere nach gegeneinander abzuwägen und zu sagen, hier ist mehr?

Das Merkwürdige ist, daß uns zugemutet wird, angesichts des Krieges überhaupt nicht von einer Schuld zu reden, sondern nur von einem natürlichen Ereignisverlauf, innerhalb dessen es eben zum Kriege kam und kommen mußte. Die so sprechen, wollen das Übergewicht der verurachtenden Momente zur absolut entscheidenden Ausschlagswirkung hinaufgesteigert sehen, sie wollen uns weis machen, daß nicht Menschen Kriege inszenieren, sondern sachliche Veranlassungen. Infolge dessen entfallt jede Schuld und jede Verantwortungspflicht.

Eine solche Argumentation kann schon in einer Zeit Glauben finden, in welcher die Neigung, aus der Entstehung eines Produktes auf dessen Wert, Wahrheit und Gehalt zu deuten, so auffällig hervortritt. Man glaubte ja heute vielfach, über ein Verbrechen rein juristischer Art alles Wissenswerte mit dem Hinweis auf die äußeren Gründe, die das Verbrechen hervorriefen, gesagt zu haben und verbietet dann überhaupt, von Schuld, Verbrechen und Verantwortlichkeit zu reden. Es liegt ein ebenso weit vorbereiteter Irrtum in dem Versuch, den Wahrheitsgehalt der Religionen und deren Gemütswert aus ihren vermeintlichen Wurzeln wie Furcht, Hoffnung usw. herzuleiten. Es macht sich heute eine Richtung von Pseudogelehrten breit, welche mit der erweiterten Psychoanalyse auch das Kunstwerk als einen sublimierten Verdrängungsakt erotischer Erlebnisse betrachten und es wegen dieses Ursprunges auf die Stufe gewöhnlicher animalischer Betätigungen degradieren. Ganz im Geiste dieser Denkweise liegt das Bestreben, äußerliche Motive zu Regisseuren der geschichtlichen Katastrophe zu machen und jenen sozusagen die Schuld an allem Unheil aufzupaden.

Ganz selbstverständlich, äußere Veranlassungen für ein historisches Elementarereignis müssen vorhanden sein. Wenn man genau zusieht, sind die Verursachungen des Weltkrieges nicht bloß ökonomischer Natur, wie das gewöhnlich angenommen wird, sondern politischer, militärischer und ethnologischer Natur noch dazu. Aber alle diese Veranlassungen mögen keinen Krieg. Kriege beschließen, führen und verlieren Menschen. Es steht immer in der Macht von Menschen, auf die gegebene Situation und auf alle Veranlassungen mit spezifisch menschlichen Erwidern zu reagieren. Wir konnten den Krieg haben, wir brauchten ihn aber nicht zu haben. Es lag an den Regisseuren der Weltpolitik, daß wir ihn bekamen. Wenn das nicht in der Sinn geht, der möge es sich durch ein Gedankenexperiment klar machen. Nehmen wir an, am 31. Juli 1914 hätten die Leiter des europäischen Geschicks das europäische Elend vom 14. Juli 1918 voraussehen können, sie hätten also gewußt, daß nach vierjähriger Blutabzapping noch kein Ende voranzufehen und die Frage nur sei, wer erliegt zuerst der restlosen Erschöpfung; nun, alle Motive wären dann auch kriegstreibend am Werk gewesen, aber zum Kriege wäre es nicht gekommen. Und das heißt, Menschen, nicht Dinge sind schuld am Unglück des Kriegsausbruchs gewesen, mit Recht sucht man nach ihnen, mit Recht soll man die, welche ermittelt wurden, an den schmachlichsten Schandopfer stellen, welchen die Geschichte errichtet hat.

Mit einer Beilage: 37. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Kiel's Wirtschaftskrise und Wiederaufbaupläne.

Von Ferdinand Hoff-Kiel, R. d. L.

Die Stadt Kiel ist durch die Marine und mit ihr wachsend in verhältnismäßig kurzer Zeit von einer bescheidenen Provinzialstadt von kaum 20.000 Einwohnern zu einer Großstadt aufgestiegen, welche bei Ausbruch des Krieges mehr als 220.000 Einwohner zählte. Da die Marine fast den ganzen Raum des ausgezeichneten Hafens für sich und ihre Anlagen in Anspruch nahm, konnte die Stadt Kiel auch nach dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals einen größeren Handel nicht entfalten. Sie war und blieb in ihrer wirtschaftlichen Existenz einseitig auf die Marine angewiesen.

Als daher dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reichs die Auslieferung der Flotte und weiterhin eine an eine Auflösung grenzende Herabminderung der Marine folgte, wurde der Stadt mit einem Schlag der bisherige Wirtschaftsboden und damit zum Teil die Unterlage ihrer Existenz entzogen.

Wenn auch in der jetzigen Übergangszeit aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen, die Wirkung dieser Katastrophe noch nicht voll in Erscheinung tritt, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß keine Stadt Deutschlands durch den unglücklichen Ausgang des Krieges so schwer getroffen ist wie die Marinestadt an der Ostsee. Hier wird es sich nicht nur um Umstellung und Umbau, sondern vielmehr, teilweise wenigstens, um Neubau handeln müssen, wenn die verloren gegangene Wirtschaftsbasis durch eine neue, tragfähige ersetzt werden soll.

Darüber sind Bewohner und Stadtvertretung sich nicht einen Augenblick im Unklaren gewesen. Hoffnungsfreudig und wagemutig ist man sofort ans Werk gegangen, um aus den unabänderlichen Ereignissen die in der Sache liegenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein eigenes Handels- und Industrieamt ist geschaffen worden, in dem alle Wiederaufbaupläne zusammengefaßt und einheitlich bearbeitet werden. Die Lage an einem der besten und sichersten Häfen der Welt und an der Mündung der Weltverkehrsstraße des Nord-Ostsee-Kanals weicht wie von selber auf die Entwicklung der Stadt Kiel zum Handelshafen hin. Da die bisherige Konkurrenz durch die Marine fast vollständig ausgeschaltet ist, äußerlich betrachtet, die Bahn für diese Entwicklung frei geworden. Die Schaffung eines modernen Freihafens für den Umschlagsverkehr steht daher im Mittelpunkt der Kieler Wiederaufbaupläne. Die Stadt Kiel erhofft dafür nicht nur die Unterstützung durch die öffentliche Meinung, sondern vor allen Dingen auch tatkräftige Förderung durch die Staats- und Reichsbehörden, insbesondere der Marineverwaltung. Die letztere verfügt in dem für den Umschlagshafen in Frage kommenden Gebiet in der Kieler Bucht in unmittelbarer Nähe der Kanalmündung über zahlreiche Einrichtungen, welche für den Handelshafen unmittelbar nutzbar gemacht werden können. Wird hier, was zu erwarten steht, das nötige Entgegenkommen gezeigt, so braucht uns um die Zukunft der Stadt Kiel nicht bange zu sein.

Nachdem der Nord-Ostsee-Kanal seine militärische Bedeutung verloren hat, entwickelt er sich immer mehr zu einer Weltverkehrsstraße für die Handelsflotte. Der Nord-Ostsee-Kanal, einst in erster Linie für die Marine erbaut und erweitert, kann so das Mittel werden, um der durch den Abbau der Marine schwer in Mitleidenschaft gezogenen Stadt Kiel eine neue wirtschaftliche Grundlage zu verschaffen.

Eine Begrenztheit gegen Kopenhagen kommt bei diesen Kieler Wiederaufbauplänen nicht in Frage. Erst kürzlich haben die Kieler Stadtvertretung und der Schleswig-Holsteinische Provinziallandtag je 1 Million Mark bewilligt, um die durch den Krieg unterbrochene Postdampferverbindung zwischen Kiel und Kopenhagen wieder herzustellen. Ein händiger Beweis dafür, daß Kiel und Schleswig-Holstein den größten Wert auf den friedlichen Verkehr mit Dänemark und den nordischen Staaten überhaupt legen und legen müssen. Beachtlich erscheint es, daß die deutsch-schwedische Vereinigung in Schleswig-Holstein den oben erwähnten Beschluß auf das Lebhafteste begrüßt hat.

Aber diesen zunächst noch in der Zukunft liegenden Plänen hat die Stadt Kiel es nicht verabsäumt, auf anderen Gebieten sofort wagemutig und entschlossen zur Tat zu schreiten. Mit Recht hat die schöne Offiziersstadt mit ihrer wunderbaren blauen Färbung in den letzten Friedensjahren einen ständig wachsenden Fremdenstrom angezogen. Die Kieler Woche bildete alljährlich den Höhepunkt dieses Fremdenverkehrs. Als Ablösung und Ersatz für diese Kieler Woche sind nun bereits im vorigen Jahre die Kieler Segelwoche und die Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft geschaffen worden. Beide Einrichtungen haben sich durchaus bewährt. Vor allen Dingen hat die letztere durch ihre ausgezeichneten Darbietungen auf literarischem, musikalischem und wissenschaftlichem Gebiete so viel Anerkennung und Zuspruch gefunden, daß diese in Deutschland einzig dastehende künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltung auch für die Zukunft aufrecht erhalten werden kann. Die für den Herbst dieses Jahres geplante zeitliche Verbindung der Kieler Herbstwoche mit einer Nordischen Musikwoche ist bestimmt und sicher auch geeignet, der ganzen Veranstaltung eine breitere Basis zu verschaffen, ihr erhöhte Jugkraft zu verleihen und das künstlerisch-wissenschaftliche Gebiet mit dem wirtschaftlichen zu vereinigen.

So zeigt auch das Vorgehen der Stadt Kiel, daß der Wille zum Leben in Deutschland noch ungebrochen und daß man entschlossen ist, dem Schicksal mutig die Stirn zu bieten und der Ungunst der Verhältnisse ein entschlossenes: **Nad democh!** entgegenzusetzen. Unter diesen Zeichen wird und muß Deutschland siegen: Verloren ist nur ein Volk, das sich selbst aufgibt!

Politische Neuigkeiten. Deutscher Reichstag.

In der Aussprache über die auswärtige Politik der Reichsregierung gab gestern

Abg. Dr. Niefer (D. L.) im Namen der Reichstagsfraktionen des Zentrums der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei folgende Erklärung ab:

Nachdem die Londoner Verhandlungen abgebrochen waren, hat das deutsche Volk in fester Entschlossenheit die über große Teile Deutschlands verhängten Zwangsmaßnahmen getragen. Sie haben bisher ihren Zweck nicht erreicht; sie würden auch verschärfen ihn niemals erreichen. Unseren Volksgenossen danken wir für ihre Treue. Wir sind überzeugt, daß sie auch in Zukunft, wenn es notwendig werden sollte, Standhaftigkeit und Opferwilligkeit beweisen werden. Das entbehrt uns aber nicht der Pflicht, alles zu tun, um neue Gewalt abzuwenden. Schwere Herzen, aber im Volksgesinn unserer Verantwort-

ung sprechen wir deshalb unser Einverständnis dazu aus, daß die Regierung den Weg, der sich ihr bot, betreten hat, um die Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu erlangen. Wenn der Präsident diese Aufgabe übernimmt, so eröffnet sich damit auch die Aussicht, der Welt den Frieden zu geben, nach dem sie ruft, und die freiwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in richtige Bahnen zu führen. Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt worden sind, mühen uns Ungeheuerliches zu tun.

Das deutsche Volk ist aber gewillt, rüchhaltlos zu leisten, was es überhaupt leisten kann. Es wird mit uns der Auffassung sein, daß für rüchhaltende Betrachtungen jetzt nicht die Zeit ist. Schlägt auch dieser Versuch fehl, so ist vor der Geschichte festgestellt, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um der erschütterten und zerstörten Welt den Frieden zu verschaffen. In diesem Bewußtsein wird das deutsche Volk allem Schwere, was die Gewalt verhängen kann, rüchlos und ungebogen standhalten.

Die Erklärung wurde von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall, auf der äußersten Linken mit Gelächter und dem Zuruf „Jammervoll!“ aufgenommen. Als erster Diskussionsredner nahm danach das Wort der Sozialdemokrat Müller-Franken, der u. a. erklärte, seine Partei sei noch heute der Meinung, daß die Pariser Forderung der 42 Jahreszahlungen unerfüllbar sei, daß sie aber, wenn das Reichsministerium einmütig die in seinen neuen Vorschlag übernommenen Raten für erträglich halte, keinen Anlaß habe, dagegen zu protestieren. Die Redner der Deutschnationalen, Helfferich, der U.S.P., Reichswehr und der Kommunisten Fröhlich, richteten dann die üblichen Angriffe gegen die Regierung. Während der Rede Helfferichs kam es zu großen Lärmzügen und Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten. Den Ton gaben die Deutschnationalen an, deren einer einen Sozialdemokraten als „dämlichen Hund“ bezeichnete. Die Weiterberatung wurde auf heute mittag vertagt.

Das Echo des deutschen Angebots im Ausland.

Die Pariser Morgenblätter lehnen das neue deutsche Angebot ab, zum Teil mit scharfen Worten. — Nur das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, das deutsche Angebot stelle nach seiner Ansicht eine nützliche Diskussionsbasis dar. Bieleicht würden die Pariser Gewerkschaften vor der Prützgabe von 60 Milliarden Goldmark augenblicklich zurücktreten. Eine einfachere Berechnung zeige jedoch, daß das, was Deutschland bietet, das, was Dr. Simons in London anbot, um vieles übersteige. Das Blatt fragt deshalb, ob man sich unter diesen Umständen weigern könne, das Angebot zu diskutieren und zu prüfen.

Nach Mitteilungen aus zuständigen englischen Kreisen ist die Stellung der englischen Regierung hinsichtlich der neuen deutschen Note durchaus abwartend. Vor allen Dingen ist der Wortlaut der deutschen Note noch nicht vom amerikanischen Staatsdepartement übermittelt worden. Die Londoner Presse vertritt die Ansicht, die neuen deutschen Reparationsvorschläge. Soweit die Blätter dazu Stellung nehmen, ist auch ihre Haltung abwartend. „Daily Chronicle“ bezeichnet die neue deutsche Note an die Vereinigten Staaten als ein weit weniger umwichtiges Dokument als ihre Vorgängerinnen.

Die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, herrscht in wohlunterrichteten Kreisen volles Vertrauen, daß der amerikanische Notenaustausch aus dem ergänzenden deutschen Angebot zu einem Übereinkommen führen werde. Wittermeldungen aus London zufolge sind Nachrichten eingegangen über die wahrscheinliche Bereitwilligkeit Amerikas, mit Deutschland weiter zu verhandeln, um eine Grundlage zu neuen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten zu finden.

Das Kabinett hat die deutschen Reparationsvorschläge heute vormittag beraten.

Der Anschlußwille Österreichs.

Die Reichsparteileitung der Großdeutschen Volkspartei in Wien nahm einstimmig Anträge an betreffend die rascheste Revirkalisierung der von der großdeutschen Volkspartei im Nationalrat gestellten Anträge auf Durchführung einer Volksabstimmung über den Anschluß in der ganzen Republik, sowie betreffend die etwaige Durchführung der länderweisen Abstimmung über die Anschlußfrage.

Im Salzburger Landtag wurden folgende Anträge angenommen: Der Landtag legt Verwahrung gegen den vom französischen Gesandten in Wien unternommenen Schritt ein, der nicht infolge der Bevölkerung in dem Anschlußgedanken wankend zu machen. Die Volksabstimmung im Lande Salzburg wird am 29. Mai vorgeschrieben, falls nicht durch die Bundesregierung ein früherer Termin für das ganze Reich festgesetzt wird. Die Volksabstimmungsfrage hat zu lauten: Wird der Anschluß an Deutschland gefordert?

Unter dem Eindruck des überwältigenden Sieges der Anschlußabstimmung in Tirol hat der Landtag für Oberösterreich auf Antrag aller Parteien einstimmig beschlossen, eine Volksabstimmung über den Anschluß zu fordern.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Einpruch des Reichsfinanzministers gegen das württ. Verfassungsgesetz.** Der Reichsfinanzminister hat auf Grund des Sperrgesetzes gegen verschiedene Punkte des württ. Beamtenbesoldungsgesetzes, das kürzlich verabschiedet wurde, Einpruch erhoben, namentlich gegen die Einführung der Gewerbe-, Handels- und Zeichenlehre, die je um eine Gruppe tiefer eingestuft werden sollen. Die Regierung will das Reichsgericht berufen. Auch bei der Einführung der Verkehrs- und Postbeamten gibt es noch Anstände.

* **Kommunistenprozesse.** Das Urteil in dem Kommunistenprozeß wegen des Anschlages auf das Elektrizitätswerk Unterpreß, lautet gegen Wingerling wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen unbefugten Waffenbesitzes sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 10 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus, gegen Schwalbe wegen der gleichen Verbrechen auf 7 Jahre Zuchthaus, gegen Biederstorf auf 5 Jahre, 5 Monate Zuchthaus. Gegen die übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen verhängt.

* **Die Franzosen am Rhein.** Einer Wittermeldung aus München zufolge mehren sich die Klagen der pfälzischen Bevölkerung über Schandthaten französischer Truppen. Aus Landau wird berichtet, daß dort seit vorigen Sonntag 400 schwarze Franzosen in Bürgerquartieren untergebracht sind. Auch Kaiserslautern hat eine Besetzung von mehreren hundert Mann schwarzer Truppen erhalten. In Germersheim hat die Städte der schwarzen Besatzung die Zahl der Einwohner erreicht.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die Parteien über die badischen Steuergesetze.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Wir haben gestern berichtet, daß im Haushaltsausschuß die Vertreter der Parteien zum Ertragsteuergesetz und zum Verteilungsgesetz Stellung genommen haben. Bei der Bedeutung dieser beiden Gesetze für die Finanzentwicklung Badens seien ihre Ansichten im Auszug wiedergegeben.

Von den Vertretern des Zentrums, welche sich, wie schon am Tage vorher der Berichterstatter Dr. Jehnter, dafür einsetzten, daß die Landwirtschaft bei dem Ertragsteuergesetz geschont wird, wurde auf die derzeitige Lage der ländlichen Bevölkerung verwiesen, die heute nicht mehr so günstig sei, wie während des Krieges und im Anschluß an die Revolution. Insofern komme das Ertragsteuergesetz zu spät. Bei der eigentlichen landwirtschaftlichen Bevölkerung sei nicht viel mehr zu holen. Gute Einnahmen hätte man höchstens noch in den Gegenben, in welchen Obst, Tabak oder Wein gebaut werde. Auch der Schleißhandel habe fast aufgehört, einerlei, wie man sich sonst zu ihm stelle. Die Ausgaben aber für Anschaffungen und Reparaturen, für die Beschaffung der Dienstboten, für Transporte usw. seien außerordentlich gestiegen. Am nur ein Beispiel anzuführen: Auf 100 M. des Wertes an Raint kommen 103 M. Fracht. Das Betriebsvermögen bis 25.000 M. müsse frei sein, bis 50.000 M. dürfe es nur mäßig belastet werden; seine Besteuerung solle keine höhere sein, wie die des gewerblichen Betriebsvermögens. Der sogen. Stichtag sei auf 31. Dezember, nicht 31. März, festzusetzen, sonst werde die Landwirtschaft geschwächt. Mit der Höherbelastung des Badens sei man einverstanden, aber auch hier seien die Ausgaben für Pflanzen, Samen usw. sehr hoch. Im allgemeinen müsse die einseitige Belastung der Landwirtschaft vermieden werden, sonst kämen wir wieder zu den für die Landwirtschaft so schlechten Zeiten vor dem Kriege. Der Entwurf zu dem Ertragsteuergesetz sei mit einem Vorurteil gegen die Landwirtschaft behaftet.

Der Vertreter des Gewerbes betonte, daß auch das Handwerk Not leide; dies müsse beim Ertragsteuergesetz berücksichtigt werden. Die Preise für Rohmaterialien wüßten ständig, man könne keine richtige Kalkulation mehr aufbauen.

Die Vertreter der Demokraten bestritten nicht, daß die Landwirtschaft gerecht besteuert werden müsse, aber auch im Gewerbe und in der Industrie seien viele Betriebe entwertet und arbeiteten mit Schulden. Zudem habe die Industrie in viel höherem Maße wie die Landwirtschaft mit der Konkurrenz des Auslandes zu rechnen. Die Steuerfrage gingen zu weit auseinander. Das Budget von 1920 müsse balanciert werden, und da seien noch 60 Millionen Mark ungedeckt. Die Gemeinden müßten Bedung für ihre im Jahr 1920 gemachten Schulden erhalten. Wir haben noch immer kein Finanzgesetz. Man sollte abwarten, wie in den Nachbarländern die Besteuerung erfolgt und jeht nur ein Probatorium schaffen. Kom Lastenausgleichsnot halte man nicht viel; an sich sei durch die neue Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz die Grundlage des Verteilungsgesetzes ins Banken geraten. Die Schuldenlasten sollte man jetzt nicht regeln; die Gemeinden könnten vielleicht nach dem Stande von 1919 hierzu herangezogen werden. Die Kreise seien keine geeigneten Objekte für die Vermögenssteuer, die müßte man schon den Städten überlassen.

Der deutschnationalen Vertreter zeichnete ein düstres Bild der Forzheimers Schmelzindustrie; es wird dort nur drei Tage in der Woche gearbeitet. Die Arbeitslosigkeit sei sehr groß. Ancheinend komme man aus der Krise in Forzheim noch lange nicht heraus und sehr häufig könne nur auf Lager gearbeitet werden, was bei den hohen Materialpreisen gewiß sehr bedenklich sei. Wie soll das das Betriebsvermögen besteuert werden? Die Industrie werde durch das Ertragsteuergesetz einfach erdrückt. Die Betriebssteuer ist neu; wir lehnen sie ab.

Die Sozialdemokratie erklärte, daß sie um der steuerlichen Gerechtigkeit willen mit aller Entschiedenheit für eine stärkere Heranziehung von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe eintrete. Es gehe doch wahrlich nicht an, dem Arbeiter, Angestellten und Beamten den letzten Pfennig an Einkommen zu besteuern und die immerhin noch großen Einkommen, die andere Stände und Berufe durch ihr Gewerbe erzielen, fast steuerfrei zu lassen. Es scheine, daß gewisse Kreise um keinen Preis dem Staate das geben wollten, was er brauche. Dieser Lattit würde die Sozialdemokratie aufs schärfste entgegenreten. Man könne doch ruhig sagen: Leute, die ein eigenes Geschäft besitzen, verdienen ganz erträglich. Man berechne heute sogar Privatautos als Betriebsausgaben. Arbeiter könnten sich die Ausgaben nicht leisten, die heutzutage manche Handwerker und Fabrikanten machten. Das Geld muß da genommen werden, wo es liegt. Zur Gesundheit derer, die von den Hauseigentümern trotz gesetzlicher Vorschriften bei der großen Wohnungsnot verhältnismäßig leicht auf die Mieter abgewälzt werden kann, wollen die sozialdemokratischen Redner erst Stellung nehmen, wenn das Mietabgabengesetz vorliegt. Eine doppelte Belastung der Mieter darf auf keinen Fall eintreten. Andernfalls müßte man mit neuen Lohn- und Gehaltsbörhörungen rechnen. Bei der Verteilung der Mittel muß gebührend auf die Gemeinden Rücksicht genommen werden. Die Gemeinden seien die Urzellen des Staates. Sie müssen daher lebensfähig erhalten bleiben.

Es sprachen in dieser Sitzung noch die Herren Finanzminister Röhler und Minister des Innern, Kemmerle, deren längere Darlegungen wir im nächsten Bericht veröffentlichen.

Reichstagsabg. Geck zur politischen Lage.

Auf der Tagung des Bezirksausschusses der Sozialdemokratischen Partei Badens, die Anfang voriger Woche im Ständehaus zu Karlsruhe stattfand, hielt, wie schon berichtet, Reichstagsabgeordneter Oskar Geck-Mannheim das Referat über die

gegenwärtige politische Lage, wobei er u. a. etwa das folgende ausführte:

Die politische Lage Deutschlands ist zurzeit gekennzeichnet durch eine äußere und innere Bedrängnis der Republik, die sich gerade in diesem Augenblick zu einem geradezu lebensgefährlichen Grad verstärkt. Der Versailler Vertrag ist durch die Londoner Beschlüsse und ihre so genannten „Sanctionen“ wiederum beiseite geschoben und durch eine lediglich machtpolitischen Erwägungen folgende Erklärung ersetzt worden. Unsere Aufgabe ist es, durch eine 50prozentige Abgabe gelähmte, die gewalttätige Entfremdung der besetzten deutschen Gebiete durch die Einführung der Frankennahrung im Saargebiet weiter durchzuführen, die wirtschaftliche Geschlossenheit des Reiches durch eine besondere Rheinollergrenze zerrissen, die Lebensinteressen Deutschlands an Oberschlesien sollen wissenschaftlichen Augenblicksbedürfnissen unserer Gegner geopfert, die Gesamtsumme für Reparationen auf eine unsinnige Höhe hinaufgeschraubt, durch die Herausgabe des Reichsbank-Goldschatzes die deutsche Valuta bis zum völligen Zusammenbruch unserer Weltwirtschaft entwertet werden, und Briand droht, uns im Falle der Nichterfüllung unserer Verpflichtungen „die Hand an die Gurgel zu legen“ durch die Besetzung des Ruhrgebietes.

Dieser furchtbaren außerpolitischen Lage hat sich die deutsche Regierung bisher nicht gewachsen gefühlt. Vor allem vermochte sie bisher noch nicht die fürchtbare moralische Isolierung zu durchbrechen, in die uns die Diplomatie des wilhelminischen Deutschlands, seine Kriegspolitik und Kriegsführung gebracht haben. Noch immer, und zwar mehr als je, ist Deutschland abgetrennt von der Welt, fehlt ihm die Gelegenheit, die Gegenseite verstehen zu lernen. . . . Unsere Rechtsparteien erwarten vom Ausland im selben Atemzug Gerechtigkeit, Vertrauen, Kredit, Hoffnungen, in dem sie die Wiederherstellung des monarchisch-militärischen Systems fordern, um die Notwendigkeit für Versailles vorzubereiten. Die Staatsmänner und Politiker des feindlichen Auslandes müßten doch wahrhaftig Abnoten sein, wenn sie den Sinn jener deutschnationalen Propaganda nicht verstehen, wie sie beispielsweise im Stenogramm des „Nirvāḥ“, in den Demonstrationen zu Bismarcks Geburtstag und jetzt wieder aus Anlaß des Todes der letzten deutschen Kaiserin zum Ausdruck kommen. Wenn im Augenblick die härtesten französischen und englischen Deutungen über die Stärke und Bewaffnung der bayerischen Einmünderwehr amtlich bekanntgegeben werden, so ist das doch wahrhaftig eine geradezu wahrnehmbare Belastungsprobe für die Nerven der Entente und ihr Vertrauen in unseren Erfüllungswillen. Die breite sozialistische Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben uns in ihren Amsterdamer Beschlüssen gezeigt, wie wir um die Gefahr einer neuen Katastrophe herumkommen können. Nun ist es Sache der Initiative unserer Regierung, in der Welt jene Atmosphäre des Vertrauens zu uns zu schaffen, die wir brauchen, um leben zu können. Schon erkennen weite Kreise des Auslandes die schweren Nachteile, die die französische Erdölpolitik für sie selbst haben muß; schon wird dort das Problem dieser Schwierigkeiten auf die Formel gebracht:

Wenn Deutschland arbeitet, um zu bezahlen, so ruiniert es das übrige Europa durch seine Konkurrenz, und wenn es nicht arbeitet, so überläßt es den anderen Staaten die ungeheure Last ihrer Schulden.

Deutschland kann nur mit Arbeit zahlen; das aber heißt dem Proletariat die ganze Last der Kriegsschulden aufhalsen. Eine solche doppelte Verflüchtung des deutschen Proletariats würde sich jedoch auch auf seinen Klassenangehörigen im Ausland bitter rächen, und der Geist der Verschuldetheit und Erbittertheit, der bei den erwähnten Verhandlungen in Amsterdam herrschte, hat gezeigt, daß die Arbeiter Englands, Italiens, Belgiens und selbst Frankreichs dies auch erkannt haben.

Nun zu den Gefahren, die der Republik von innen drohen! Im Augenblick der Verhandlungen der Internationale in Amsterdam ging in der Tragödie der deutschen Republik ein neuer Akt blutig zu Ende: Das Drama im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, dessen Ausläufer wir ja auch hier in Baden zu spüren bekommen. Bezeichnend genug für diese Unternehmung der Moskauer, daß sich dabei als Hochburgen des Kommunismus erwies, was bis vor kurzem noch die Empore der Welken war! Politisch und gewerkschaftlich ungeschult, ohne jede sozialistische Tradition und Erziehung, fielen diese Massen, nachdem die Revolution den Unternehmerrisiko gebrochen hatte, der bolschewistischen Propaganda zur Beute. Und wieder hat die deutsche Arbeiterklasse eine Niederlage erlitten. Wieder sind Hunderte von Irreführten gefallen, wieder harren neben den Schuldigen Tausende von Verführten hinter Gefängnismauern des Nachweils der kapitalistischen Klassenjustiz. Und das alles für nichts und wieder nichts! Es sei denn zu Ruhm und Frommen der Reaktion, die durch derartige verbrecherische Einseitigkeiten — man denke nur an München! — allein geklärt wird. Bisher hatte man wenigstens den Idealisten unter den Anhängern Lenins noch den guten Glauben zubilligen können. Zu schwer lastet auf dem deutschen Proletariat der verlorene Krieg; der soziale Gegensatz zwischen dem Luxus der Kriegsgewinnler und dem Elend der Kriegssopfer ist zu groß. Wohl mochten drei Viertel der deutschen Arbeiterklasse begriffen haben, daß nur auf dem Wege der organischen Entwicklung die Umwandlung zum Besseren sich vollziehen könne; einem Viertel mag das Werk der sozialen Befreiung immer noch eine kommunistisch-asiatische Religion gewesen sein, die gleich dem Islam mit Feuer und Schwert verbreitet werden müsse. Heute, nach den mitteldeutschen Taten der „Armeegruppe Ols“, nach der Bedenkenlosigkeit, mit der die Moskauer ihre neuen Gläubigen vor die Maschinengewehre der Schutzpolizei führten, indes sie sich selbst immer rechtzeitig in Sicherheit zu bringen mußten — heute kann man erwarten, daß auch die Idealisten von den Moskauer Göttern abgelenkt sind, die übrigens ihrerseits zu Hause ihre bolschewistisch-kommunistischen Mäze längst abzubauen begonnen haben. Die junge deutsche Republik hat auch diese schwere Erschütterung überstanden, auch diesmal, wie beim Kapp-Putsch, hat in erster Linie die Idee, nicht die Gewalt, ihr den Sieg gebracht. Und es war auch diesmal wieder die Kraft der sozialistischen Arbeiterklasse, die, indem sie aus ihren Reihen jeden Zugang zu der Söldnerarmee sperrte, den Freistaat rettete. Die Arbeiterklasse hat die Republik geschaffen und sie ist und bleibt ihre stärkste Stütze.

Und neben diesem sozialen Gedanken streitet auch der nationale für die Republik. Bei den so glänzend verlaufenen Abstimmungen in Nordschlesien, in Ost- und Westpreußen, ebenso auch in Oberschlesien, hat der deutsche Freistaat eine nationale Bindungskraft gefunden, die ihm als entscheidender Erfolg gebucht werden muß. Und wenn heute Deutsch-Ostereich mit wachsender Stärke den Anschlussgedanken nährt, so wäre dies wohl kaum mit derselben Ausdauer und Wärme geschehen, wenn das Mutterland nicht ein freier Volksstaat, sondern noch das alte Paradies der Junker und Militärs wäre. Jede deutsche Regierung muß die Republik verteidigen, wenn sie nicht Krieg nach außen und Bürgerkrieg nach innen haben will. Freilich: Die demokratische Republik ist kein Ideal, in dem Ausbeuter und Ausgebeutete in Eintracht und Frieden leben. Der Klassenkampf, im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft begründet, dauert auch auf dem Boden der demokratischen Republik fort, ja muß gerade auf ihm zur höchsten Entfaltung gelangen, bis gemeinsame Errungenschaften, die alle arbeitenden Klassen, die Arbeiter des Geistes wie die Handarbeiter, festhalten und zu

verteidigen entschlossen sind. Und wer es unternehmen sollte, sie anzutasten, der würde sich rasch davon überzeugen müssen, daß der Rückweg zu der alten, in Blut und Schande zusammengebrochenen Herrschaft gesperrt bleibt durch den Willen eines ganzen Volkes. Noch kämpft die Republik allerdings um die wichtigste Voraussetzung jeder erfolgreichen Staatsbetätigung: um die Autorität der Regierung. Von rechts wie von links glaubt man ungekräft gegen sie konspirieren und sie und ihre Organe verächtlich machen zu dürfen. Reaktionäre Beamte und Schulmänner sabotieren den Geist des Freistaates, die Junker verüßeln sich Tag für Tag an den Ideen der Revolution und der Republik. Die Republik ist sozusagen vogelfrei, ihre Existenzzeichen werden offen mißachtet. Überall fehlt es sowohl in der inneren Stimmung des Volkes wie in den Außerlichkeiten des Lebens der Nation noch an der autoritativen Untermauerung des Freistaates, ein Mangel, durch den bei den ihm innerlich fremd gegenüberstehenden mehr und mehr das Gefühl gewacht wird, als handle es sich bei der Republik um etwas Vorübergehendes, aus das man sich gar nicht ernstlich einzurichten brauche.

In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner dann noch speziell auf parteipolitische Fragen ein.

Die Elektrizitätsversorgung in Baden.

In Koblitzell fand dieser Tage eine Aussprache über die Elektrizitätsfrage statt. Die Versammlung, an der u. a. der Landeskommissar, die Abgeordneten des Bezirkes und die Vertreter der Gemeinden teilnahmen, wurde geleitet von Regierungsrat v. Bayer-Ehrenberg vom Arbeitsministerium. Die Aussprache drehte sich lt. LPD. besonders um die Frage des Hauptpunktes, wann die Gemeinden der Bezirke Überlingen, Stöckach, Pfundorf und Weßling Licht bekommen werden und welche Motore verwendet werden dürfen. Der Regierungsrat, Obergener Helme, mußte sich gegen den Vorwurf wehren, daß Versprechungen gemacht wurden, die nicht gehalten worden seien. Obergener Helme wies besonders auf die Schwierigkeiten hin, die das Gollfauer Werk zu überwinden habe. Die Besitzer der großen Güter auf schweizerischem Gebiet gestatten nicht, daß die Masten auf ihrem Boden erstellt werden. Man hofft, daß in wenigen Monaten die Schwierigkeiten behoben sein werden. Bezüglich der Motorenstärke stellte sich die Oberdirektion auf den Standpunkt, daß diejenigen Motore, die vor dem 15. Oktober 1919 bedacht waren, weiterhin in Betrieb sein dürfen, auch solche, die mehr als 1½ Pferdestärke haben. Ferner wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß die freie Konkurrenz bei Einrichtung der Hausinstallation in einem bestimmten Maße sich betätigen dürfe, nur die Mitglieder des Installateurverbandes.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Seidelberg, 26. April. Die Polizei hat 8 Personen wegen Schwarzanschaffung verhaftet und zwar einen Hausburschen, einen Optiker, einen Kaffeebarbeiter, einen Kupferschmied, einen Zigarrenhändler, einen Kader, einen Zahntechniker und einen Bäcker. Die Ware im Wert von 10 000 M. wurde beschlagnahmt.

LPD. Konstanz, 26. April. Einen schweren Mißbrauch seines Amtes ließ sich der 27jährige Schneider Max Haas aus Bilingen zu Schulden kommen, der seit Ende 1919 als Fahrer bei der Reichswehr und Ausfuhrstelle angestellt war. Da er mit seinem monatlichen Einkommen von 1000 M. infolge seines flotten Lebenswandels nicht ausreichte, so versuchte er sich in Schiebereien, bis man schließlich seinem Treiben auf die Spur kam. Die Strafkammer verurteilte ihn jetzt zu 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmer.
Die Annahme von Öl- und Frachtfrachtdiäten, sowie Öl- und Frachtgutwagenladungen nach Italien über sämtliche österreichische Übergänge ist ohne Ausnahme gesperrt. Unterwegs befindliche Sendungen werden angehalten und den Absendern zur Verfügung gestellt.

R.M. Mannheim, 26. April. Die Rheinische Hypothekendarlei hat für die von dem Brandunglück in Sonthausen Betroffenen eine Spende von 2000 M. zur Verfügung gestellt.

Seidelberg, 27. April. Der Verband der Saal- und Lohalinhäuser Badens hielt hier eine Verbandsversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Karl Siegler-Stark, leitete die Verhandlungen. Der zweite Vorsitzende, Wb.-Freiburg, erläuterte die Ziele des Verbandes und erhob Protest gegen die Bestimmungen aus den Jahren 1805 und 1878, durch die öffentlichen Tanzmüßiggang während der Abendzeit verboten sind und nur ein Sonntag im Monat für solche Veranstaltungen den Saalbesitzern gewährt wird. Wie der Redner ausführte, erstrebt der Verband eine einheitliche Regelung der Luftverleissteuer und eine Verringerung in der Gewährung von Polizeifreunde-Berlangung an. Die Antientenfrage soll durch den Reichsbund der Saalbesitzer mit dem Konfederationsverband geregelt werden. Zum Schluß empfahl der Redner einen Normalmietvertrag zwischen Saalbesitzern und Mietern. An die Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache an. Die Satzungen wurden in der vom Vorstand entworfenen Form genehmigt. Danach wurde der Landesverband in vier Kreise, nämlich Seidelberg, Karlsruhe, Pforzheim und Freiburg eingeteilt. In der Frage der Entlohnung der Gastwirtschaften sprach man sich für die Wiederabstufung der prozentualen Trinkgeldablösung und für die Wiedereinführung des Trinkgeldsystems aus. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Freiburg bestimmt.

Seidelberg, 27. April. Die Seidelberg Hotelangestellten sind gestern in einen Ausstand eingetreten. Es handelt sich dabei um Lohnfragen. Der Vorschlag der Arbeitgeber, den Schlichtungsausschuß die Regelung des Streitfalles zu unterbreiten, beanwortete der Angestelltenverband mit dem Streik. Die Abstimmung hatte ergeben, daß 207 für und nur 2 gegen den Streik waren.

Kastatt, 28. April. Die Stigheimer Volksschauspiele werden in ihrem Tätigkeit am Pfingstmontag wieder aufnehmen. Auch in diesem Jahre wird Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell“ gegeben werden.

Freiburg, 26. April. Bei der Pfarrerrwahl in der Christus-Kirchengemeinde wurde der Karlsruher Stadtpfarrer Julius Koblitzell mit 102 von 107 abgegebenen Stimmen gewählt.

Bilingen, 28. April. Hier fand eine Versammlung der Arbeitgemeinschaft der landwirtschaftlichen Vereinigungen des Bezirkes Bilingen statt. Es wurde beschlossen, bei der Arbeitgeberwahl zur Landwirtschaftskammer eine gemeinsame Wahlliste für den Wahlbezirk Konstanz aufzustellen. Von den 9 Sätzen soll der Bauernverein 4, der Genossenschaftsverband 3 und der Landwirtschaftliche Verein und der Landbau je einen Sitz erhalten. Die Aufstellung der Kandidaten findet am Samstag in Koblitzell statt.

Konstanz, 26. April. Gestern nachmittag fand lt. LPD. auf dem hiesigen Rathaus eine Besprechung über die Ausgestaltung des Bodenseefahrplans statt. Die Besprechung hatte das Ergebnis, daß vom 1. Juni ab wesentliche Verbesserungen im Bodenseefahrplan eintreten, vor allem auf dem Obersee, während auf dem Überlingersee noch nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten. Auf dem Obersee sind mehrere neue Kurse nach Binau und Bregenz vorgesehen. Der Fahrplan auf dem Untersee soll nunmehr von der schweizerischen Bodenseefahrtsgesellschaft ausgeführt werden. Im Verkehr mit Bregenz sollen zudem Erleichterungen im Grenzverkehr eintreten.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Infolge andauernder Erkrankung von Adela Kreuznach, mußte die Neueinführung von Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen“ bis auf weiteres verschoben werden. Am Samstag den 30. wird deshalb das dreitägige Lustspiel „Der Herr Senator“ von Schönthan und Kadelburg aufgeführt werden. Beginn der Vorstellung sieben Uhr.

Badische Gemeindeschau.

Badischer Städteverband.

Das Städtische Nachrichtenamt Karlsruhe teilt mit: In der Vorstandssitzung des badischen Städteverbandes vom 23. d. M. in Weichsel wurde unter anderem die Frage der Organisation der Ortspolizei eingehend erörtert. Die Verwaltung der Ortspolizei ist nach dem Entwurf der neuen Gemeindeordnung Gemeindeangelegenheit. Bei der Finanzierung der Gemeinden sind diese aber nicht in der Lage, die Gesamtkosten für die Ortspolizei zu tragen. Es soll daher beantragt werden, daß der Hauptteil der Kosten vom Lande den Gemeinden erstattet wird. Der Erziehung einer Preisprüferzentrale (Preisprüferstelle) für die Gemeinden wird nicht zugestimmt, einmal wegen der Kosten, und ferner, weil der Vorstand glaubt, daß der angestrebte Zweck auch ohne diese Einrichtung erreicht werden kann. Ein Bedürfnis für diese Neureorganisation wird daher nicht anerkannt. Zu dem Entwurf eines Ertragssteuergesetzes kann nicht endgültig Stellung genommen werden, da der Entwurf erst kürzlich dem Städteverband zugegangen ist, und sich die Wirkungen der Bestimmungen nicht übersehen lassen. Sowie kann aber jetzt schon gesagt werden, daß der Entwurf als geeignete Grundlage für eine endgültige Regelung vom Städteverband nicht anerkannt werden kann. Es soll verlangt werden, das Abgeseh vom Jahre 1920 einzuweichen zu verlängern, aber ohne Beschränkung der Gemeinden auf einen bestimmten Höchstmaß der Umlage. Eine Abänderung des Umsatzsteuergesetzes ist notwendig, dahingehend, daß die Erträge aus dem Umsatz der Zweigniederlassungen industrieller Unternehmungen derjenigen Gemeinde zuzurechnen, in der die Zweigniederlassung liegt. Bisher fließt der Gesamtbeitrag der Steuer einschließlich der Zweigniederlassungen der Gemeinde des Hauptsitzes des Unternehmens zu. Der dem Reichsrat vorliegende Gesetzentwurf über die Erhöhung der Getränkesteuern muß dahin abgeändert werden, daß den Gemeinden ein erheblicher Teil des Mehrertrags der Steuer überlassen wird, als teilweise Ersatz für den Ausfall, den die Gemeinden durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz erleiden. Dem Entwurf eines Landesgesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung wird vorbehaltlich einiger Änderungen im allgemeinen zugestimmt. Für die wegen Durchführung des Gesetzes notwendig werdenden Verhandlungen mit der Regierung wird ein Unterausschuß gebildet. Gegen die beabsichtigte Änderung der Gerichtsverfassung werden Bedenken nicht erhoben. Die Armenratsfrage sollen durch das Land durch gestaffelte Zuschläge zu den Friedensjahren wesentlich erhöht werden, da die einheitliche Regelung durch das Reich wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, die Gemeinden aber die nach der jetzigen Regelung entstehenden Ausfälle nicht länger zu tragen vermögen. Den Städten wird empfohlen, der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung Beiträge zu gewähren, da die ausreichende Vertretung der Städte im Verwaltungsrat der Zentrale gesichert erscheint. Die Einführung des „Referendums“ in Gemeindeangelegenheiten hält der Vorstand im Hinblick auf die Beibehaltung der großen Bürgerausschüsse nicht für notwendig. Er hält auch grundsätzlich die Einführung nicht für richtig.

Offenburg, 26. April. Die Oberbürgermeisterwahl findet am 17. Mai statt.

Kiel, Amt Rüllheim, 26. April. Zum Bürgermeister unserer Gemeinde wurde einstimmig Herr Friedrich Hagenbach gewählt.

Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein richtiges Bild geben von den Stimmungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

Freie Wirtschaft im Wohnungswesen?

Unter dieser Überschrift lesen wir im „Badischen Beobachter“ folgendes:
Am 8. April sagte in Dortmund die Vereinigung der Delegierten und Leiter der Wohnungsämter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk eine Entschlieung zur Bekämpfung der Wohnungsnot, in der u. a. gesagt wird:

„Die Erfahrungen der Wohnungsämter lehren, daß die Katastrophe nicht mehr fernsteht. Es muß also etwas Durchgreifendes geschehen. Die Erfahrungen, die wir mit der Zwangswirtschaft gemacht haben, lehren, daß mit Hilfe von Verlosungsausschüssen eine Abstellung der Wohnungsnot in dem Umfang, wie sie das deutsche Volk als Lebensbedingung braucht, nicht möglich ist. Es muß deswegen mit dieser Zwangswirtschaft gebrochen werden. Wir müssen möglichst bald in die freie Wirtschaft kommen, in der sich das Bauen auch ohne Aufwendung öffentlicher Mittel lohnt, so daß alle die Hand anlegen können an der Herstellung von Wohnungen, die früher mitgearbeitet haben. Das erfordert notwendig eine Erhöhung der Mieten, damit das Bauen wieder wirtschaftlich wird.“

Es will uns scheinen, als ob die Herren übersehen hätten, daß die freie Wirtschaft als Mittel vor der Katastrophe im Wohnungswesen zu retten, selbst eine Katastrophe zur Folge haben müßte. Die freie Wirtschaft würde die Mieten springen lassen. Das hätte zur Folge, daß wir zu Mieten in 4-5facher Höhe von heute kämen und damit alle Lohn- und Gehaltsbesitzer über den Haufen geworfen würden. Die alten Häuser würden eine starke Wertminderung ohne Leistung erfahren, der gegenüber der Hypothekengläubiger und der Mieter schlecht gestellt wären. Wir sind der Meinung, daß diesen Ausichten gegenüber die Wege, die in Karlsruhe unter Führung des Bürgermeisters Schneider betreten wurden, um aus dem Wohnungselend herauszukommen, doch den Vorzug verdienen.“

Staatsanzeiger.

Ernennungen, Verlegungen, Zurücksetzungen etc. der planmäßigen Beamten sowie

Ernennungen, Verlegungen etc. von außerplanmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Volksschulwesen.

Herr, Hildegard, Untf. in Bruchsal, wird Hauptf. dafelbst; Wätzer, Elisabeth, Schulf. in Buchen, wird Untf. in Hahmersheim (Mosbach); ...

(Kontinuität): Koss, Josef, Untf. in Bruchsal, wird Hauptf. dafelbst; ...

in Ketsch (Waldbrunn), wird Untf. dafelbst; Gauer, Hermann, Untf. in Kollnau (Waldbrunn), wird Hauptf. dafelbst; ...

Amtliche Bekanntmachung.

Jagdhut betr. Gustav Nees von Linfenheim wurde heute als Jagdaufsicht für den Jagdbezirk II Linfenheim verpflichtet. Karlsruhe, den 14. April 1921. R. 966 B. 3. 68

Freitag, den 29. April 1921 Landestheater. Violetta (La Traviata). 7 bis geg. 1/10 Uhr. M. 17. Konzerthaus. Volksbühne N 5 Die Journalisten. 7 bis 10 Uhr.

Im Landestheater. Sa. 30.* Der Herr Senator. 7. (12.00.) — So. 1. Mai: Der Ring des Nibelungen. Dritter Tag. Götterdämmerung. 4. (20.00.) — Die 3.* Der Postillon von Lonjumeau. 7. (17.00.) — Mi. 4.* Der lebende Leichnam. 6 1/2. (12.00.) — Do. 5.* Die Zaubertüte. 6. (20.00.) — Fr. 6.* Sebastian. 6. (12.00.) — Sa. 7.* Minna von Barnhelm. 7. (12.00.) — So. 8.* Cavalleria rusticana. — Der Bajazzo. 6. (20.00.)

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik 3842 zwischen Wald- Karlsruhe, Kaiserstr. 128 u. Karlstraße Wandbilderschmuck Bildereinrahmungen Inh.: W. Bartsch

Karlsruhe, Großer Festhalle-Saal Freitag, den 29. April 1921, abends 7 1/2 Uhr: Kommende Welt-Katastrophen mit Voraussagen für die nächsten Jahre u. Jahrzehnte Vortrag, gehalten von Dr. Georg Lomer. Überall tagelang vorher ausverkauft.

Große Festhalle Montag, den 2. Mai, 7 1/2 Uhr Wiener Musik R. 164 Orchester-Konzert unter persönlicher Leitung von Johann Strauss früher K. K. Hofballmusikdirektor aus Wien

Stiller oder tätiger Teilhaber oder Teilhaberin von Firma der Wein- und Kaffeebranche gesucht. Ausf. Offerten unter K. 171 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bestellungen auf Kohlen, Koks, Briketts und Brennholz

nehmen wir von den bei uns eingetragenen Kunden entgegen: vormittags von 8-12 1/2 Uhr, nachmittags von 2-6 Uhr, samstags von 8-1 Uhr. Wie wir während des Krieges und auch seither in der Lage waren unsere werte Kundschaft bestmöglichst mit Brennstoffen zu versorgen...

Badische Einkaufsgenossenschaft des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen e.G.m.b.H. Karlsruhe.

Table with financial data: Bilanz per 31. März 1921 (gleichzeitig Eröffnungsbilanz für die Liquidation). Aktiva: Kassenbestand 468.75 M., Bankguthaben 30430.—, Postguthaben 7745.12, Warenbestand 18514.—, Außenstände 7836.34, Utensilien 1277.96. Passiva: Geschäftsguthaben der Genossen 52600.—, Lieferanten Schuld 176322.17, Rücklage für Umjahreiter 4000.—.

Bekanntmachung.

Vollversammlung der Sterbefasse der Bad. Landwirtschaftskammer betr. Die 9. ordentliche Vollversammlung der Sterbefasse der Bad. Landwirtschaftskammer findet am Freitag, den 6. Mai 1921, vormittags 12 1/2 Uhr im Sitzungszimmer der Bad. Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, Stefanienstraße Nr. 43, statt.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit. R. 960. Billingen. Über das Vermögen des Tapezierers u. Dekorateurs Hans Gasser in St. Georgen, wurde heute am 25. April 1921, nachm. 5 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist...

Bekanntmachung.

Vollversammlung der Sterbefasse der Bad. Landwirtschaftskammer betr. Die 9. ordentliche Vollversammlung der Sterbefasse der Bad. Landwirtschaftskammer findet am Freitag, den 6. Mai 1921, vormittags 12 1/2 Uhr im Sitzungszimmer der Bad. Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, Stefanienstraße Nr. 43, statt.

Bekanntmachung. Vollversammlung der Haftpflichtversicherungs-Anstalt der Bad. Landwirtschaftskammer betr.

Die diesjährige 10. ordentliche Vollversammlung der Haftpflichtversicherungs-Anstalt der Bad. Landwirtschaftskammer findet am Freitag, den 6. Mai 1921, vormittags 11 1/2 Uhr in Karlsruhe, im Sitzungszimmer der Bad. Landwirtschaftskammer, Stefanienstraße 43, statt.

Bekanntmachung.

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr. Die Ziehung der 5. Klasse der 17. Preuß.-Süddeutschen (243. Preußischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung vom 10. Mai bis 6. Juni 1921 stattfinden.

Rubholzversteigerung

Das Bad. Forstamt Rangeneinbach versteigert am Mittwoch, den 4. Mai d. J., vormittags 9 Uhr, im „Grünen Baum“ in Rangeneinbach aus den Domänenabteilungen Dist. Köpfe, Steing, Rappenburg, Hermannsburg u. Winterhalde: 6 Eichen II., 20 Eichen IV., 40 V., 2 Buchen V., 28 Fichtenabstämme I.—III., 60 Fichtenabstämme IV.—VI., 19 Fichtenabstämme I. bis III. Klasse, mit auf ca. 206 Fhm.; ferner 380 Hopfenstangen II.—IV. Klasse und 800 Bohnenstangen. Die Forstwärte Schäfer in Obermühlbach und Kies in Rangeneinbach zeigen das Holz vor. Ritzensauszüge sind vom Forstamt erhältlich.